

Bergbahnen setzen das falsche Signal

VON GREGOR WASER



DIE NACHRICHT: Neun von zehn Schweizer Bergbahnen erhöhen in der kommenden Wintersaison die Preise. Auch die Skipässe und Tageskarten für Jugendliche und Kinder verteuern sich – an einigen Orten deutlich.

DER KOMMENTAR: Die Gewinnmeldungen der Bergbahnen zum vergangenen Wintergeschäft haben sich in den letzten Monaten regelrecht überschlagen: Spitzenergebnis in Samnaun, erfolgreiches Jahr in Arosa, ausgezeichneter Winter in Adelboden, Rekord in den Flumserbergen. Landauf, landab hat der Traumwinter den Bergbahnen Top-Gästezahlen gebracht und die Kassen gefüllt. Und nun dies: Tageskarten und Skipässe schlagen auf den kommenden Winter hin deutlich auf.

Die Argumentation leuchtet zunächst ein. Schweizweit seien 260 Millionen Franken in neue Beschneigungsanlagen, Lifte und Pisten geflossen. Und der Treibstoff für die Pistenfahrzeuge habe sich verteuert.

Doch der Zeitpunkt für eine Preiserhöhung ist schlecht gewählt. Schon im Sommer wurde von der Konjunkturforschungsstelle BAK Basel wohlweislich ein Rückgang der Verkehrserträge um 4,4 Prozent vorausgesagt. Denn regelmässige Traumwinter sind statistisch unwahrscheinlich. Und nun droht mit der Finanzkrise ein heftiger und unerwarteter Nackenschlag. Denn es muss bezweifelt werden, dass die bisher guten Buchungseingänge weit über die Weihnachtstage hinaus anhalten.

Die Preiserhöhungen könnten sich rächen. Das müssten die Bergbahnen merken, wenn sie den Blick aus ihrem Tal hinaus richten. Denn das Freizeitvergnügen Skifahren ist insgesamt sehr teuer geworden – vor allem für Familien. Ausrüstung, Anreise, Verpflegung, allfällige Übernachtung und Tages- oder Wochenkarten müssen dem Vergleich mit anderen Freizeitvergnügen standhalten. Der Tagesausflug in den Europapark Rust oder die einwöchigen Bäderferien am Roten Meer sind für Familien preislich attraktive Alternativen.

Die Bergbahnen haben ihre Preise jetzt mehr als ausgereizt und pokern hoch. Sollte der Schneefall in diesem Winter bescheiden ausfallen, werden auch kurzfristig geschnürte Sonderangebote die Saison nicht mehr retten. Mit Tageskarten bis zu 71 Franken setzen die Bergbahnen ein falsches Signal, die Wintersaison zu lancieren.

gregor.waser@sonntagonline.ch

Nach den Voten braucht's Taten

VON FLORENCE VUICHARD



DIE NACHRICHT: In Bundesbern wird der Ruf nach mehr Regulierung laut. Erstes Beispiel: Die ständerätliche Energiekommission will das junge Stromversorgungsgesetz wieder abändern.

DER KOMMENTAR: Politiker von links bis rechts sind sauer auf die hochbezahlten Manager, von denen sie jahrelang belächelt wurden – und denen sie jetzt mit Volksvermögen zu Hilfe eilen müssen. Immer wieder haben die Wirtschaftskapitäne den Parlamentariern vorgewaukelt, dass alles am besten funktioniere, wenn man die

Konzerne nur machen lasse. Blauäugig haben die Parlamentarier den Rat befolgt und unter dem Label «Liberalisierung» Gesetze verabschiedet, die vor allem den heimischen Platzhirschen dienen. So liessen sie sich von der Swisscom zu einem Fernmeldegesetz verleiten, das den Wettbewerb mehr behindert als fördert. Den ehemaligen Staatsbetrieb freuts, die Konkurrenten geraten ins Schlingern, und die Konsumenten berappen das Ganze mit hohen Telefonrechnungen. Noch gravierender sind die Fehler bei der Öffnung des Strommarktes: Unter dem Druck der Stromlobby haben die Parlamentarier zugelassen, dass die Elektrizitätswerke bei der Netzgesellschaft weiterhin das Sagen haben – und so die Kunden mehrfach zur Kasse bitten können.

Die Versäumnisse beim Stromgesetz haben den Politikern die Augen geöffnet. Das UBS-Fiasko ist der – wenn auch sehr grosse – Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die Parlamentarier wollen nun die Fehler der Vergangenheit korrigieren. Einen ersten Schritt hat die ständerätliche Energiekommission diese Woche getan: Sie schlägt eine Überarbeitung des Stromversorgungsgesetzes vor, eines Gesetzes also, das erst seit Anfang Jahr in Kraft ist. Ebenfalls wieder auf die politische Agenda kommt das Fernmeldegesetz. Die neulich von Preisüberwacher, Wettbewerbskommission und Comcom angeregten Verbesserungsmöglichkeiten stossen plötzlich auf politisches Gehör.

Bei Economiesuisse hat man die Zeichen erkannt. Es ist kein Zufall, dass Verbandspräsident Gerold Bühler seit Wochen am runden Tisch versucht, die Stromkonzerne zur Vernunft zu bringen. Denn er weiss nur zu gut: Wer jetzt nicht einlenkt, wird mit harten Auflagen gestraft. Konsumenten, Unternehmer und Aktionäre können nur hoffen, dass die Politiker ihre Lektion auch wirklich gelernt haben. Und ihren verärgerten Voten Taten folgen lassen – beim Strom, beim Telefon, bei den Parallelimporten und der Aktienrechtsrevision.

florence.vuichard@sonntagonline.ch



Silvan Wegmann zur Woche.

Die Kernschmelze männlicher Dominanz

GASTBEITRAG VON REGULA STÄMPFLI, POLITOLOGIN



DIE NACHRICHT: Die drei Bundesrätinnen Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf und Micheline Calmy-Rey stehen beim Volk an der Spitze der Vertrauenskala. Die männlichen Bundesräte haben – mit Ausnahme von Moritz Leuenberger – alle an Beliebtheit verloren, wie eine Umfrage der «Sonntags-Zeitung» ergeben hat.

DER KOMMENTAR: Da war sie wieder, die bekannte Frage: «Wie erklären Sie sich, dass in der Schweizer Regierung ausschliesslich die Frauen bei der Bevölkerung so hoch punkten?» Wenn Frauen gut abschneiden, rufen sie immer wieder Erstaunen hervor. Sie sind entweder Musterfälle, Glücksfälle, Ausnahmen oder gar Unfälle. Sie sind alles, nur eines nicht: völlig selbstverständlich.

Die Biologie bietet damit für sehr unterschiedliche Frauen wie Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf und Micheline Calmy-Rey die entscheidende, politische Kategorie. Deshalb sind Wissenschaftlerinnen vor allem auch dann gefragt, wenn sie zu Frauenthemen Auskunft geben sollen. Zur selben Zeit beantworten dann die männlichen Kollegen die wirklich ernsthaften Fragen zur Börse, zu Klimawandel, zur Steuerpolitik oder zu den laufenden US-Wahlen.

Nehmen wir einmal den umgekehrten Fall an: Bundesrat Samuel Schmid, Bundespräsident Pascal Couchepin und Reha-Patient Hans-Rudolf Merz hätten die Beliebtheitstabellen der letzten «Sonntags-Zeitung»-Umfrage angeführt. Die SDA hätte sicher keine Schlagzeile «Die Bundesräte sind beim Volk am beliebtesten» produzieren können. Denn nur «Bundesrätinnen sind beim Volk am beliebtesten» erreicht sofort den gewünschten Informations- und Aha-Effekt.

«Der Mann sieht, die Frau wird gesehen» schrieb Simone de Beauvoir schon vor fast 60 Jahren in ihr «anderes Geschlecht». Das «andere Geschlecht» definiert eben alle Frauen. Ganz gleich, welche Position sie innehaben, sei es als Hockey-Mum, als Professorin, als Regierungschefin, als Bäuerin, als Krankenpflegerin, als Lehrerin, als Verkäuferin,

als Managerin etc.

So ist es auch erklärbar, dass die bestverdienende lebende Schriftstellerin ihre Weiblichkeit im Autorennamen mit J. K. Rowling neutralisierte. Der Harry-Potter-Erfinderin wurde vom Verlag geraten, bei einem Jungen- und Jugendbuch doch bitte ihr Geschlecht nicht namentlich auszuweisen.

«Biologie ist kein Programm» stelle ich an meinen Vorträgen immer wieder fest, nur um dann zwei Stunden über die Auswirkungen der Geschlechtszuweisungen von Mann und Frau zu diskutieren. Sie sehen, ein denkerisches und publizistisches Minenfeld tut sich hier auf. Gegen kulturelle Vorurteile anzutreten, die seit einigen Jahren zudem immer mehr biologisch, medizinisch oder evolutionsanthropologisch «bewiesen» werden, lassen Herkules' Taten wie einen Klacks aussehen.

Doch da ich mich noch jeder Herausforderung gestellt habe, analysiere ich Ihnen jetzt, weshalb die weiblichen Regierungsmitglieder gemäss einer Umfrage bei der Bevölkerung so hoch obenaus schwingen. Weshalb denn nicht? In den letzten paar Monaten erleben wir alle eine Kernschmelze herkömmlicher, meist männlich dominierter Hierarchien. Allen voran auf den internationalen Finanzmärkten, knapp gefolgt von überforderten Politikern.

Dem schweizerischen Bundespräsidenten Couchepin beispielsweise fiel zur Affäre Schmid/Nef nichts Besseres ein, als ein peinliches «Unfall» von sich zu geben. Der Verkehrsminister punktet mehr mit seinem Blog als mit seiner Politik, und der Finanzminister erholt sich von seinem Koma in der Reha. Dann gibts nur noch den Selbstverteidigungsminister, den die Meisten eh abgeschrieben haben.

Wenn in einer solchen Situation die einzigen einigermaßen kompetenten, sachlichen, dem Amt gewachsenen Politikerinnen bei der Bevölkerung nicht punkten würden, stünde die Welt nun wirklich Kopf! Also ist es ganz einfach und aus der Geschichte ein allzu bekanntes Muster. Das Versagen der Männer erlaubt es einigen Frauen, endlich das zu zeigen, was sie eigentlich schon seit Jahrhunderten können, nämlich: verantwortungsvolle Menschen sein.

Die externen Kolumnisten und Kommentatoren des «Sonntags» äussern in ihren Beiträgen ihre persönliche Meinung.